

Foreign Affairs: Russland, Trump und die Entspannung

Von Robert David English

In seiner ersten Pressekonferenz als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sagte Donald Trump nicht weniger als sieben Mal, dass es "positiv", "gut" und sogar "grossartig" wäre, wenn "wir mit Russland auskommen könnten". Tatsächlich hat Trump bei aller Verwirrung seiner Politik gegenüber China, Europa und dem Nahen Osten eine klare dreiteilige Position zu Russland zum Ausdruck gebracht, die sich stark von derjenigen der meisten der politischen Elite der USA unterscheidet. Erstens strebt Trump die Zusammenarbeit Moskaus in globalen Fragen an; zweitens glaubt er, dass Washington die Schuld an den angeschlagenen Beziehungen teilt; und drittens erkennt er das "Recht aller Nationen an, ihre eigenen Interessen an die erste Stelle zu setzen", und fügt hinzu, dass die Vereinigten Staaten "nicht versuchen, unsere Lebensweise jemandem aufzuzwingen".

Die letzte davon ist eine im Wesentlichen realistische Position, und wenn sie kohärent umgesetzt wird, könnte sie sich als Mittel zur Stärkung erweisen. Seit 25 Jahren haben Republikaner und Demokraten auf eine Weise gehandelt, die sich Richtung Moskau kaum unterscheidet. Washington hat eine Politik verfolgt, die russische Interessen (und manchmal auch internationales Recht) ignoriert hat, um Moskau mit militärischen Allianzen und Handelsblöcken zu umgeben, die den Interessen der USA förderlich sind. Es ist kein Wunder, dass Russland Gegendruck macht. Das Wunder ist, dass die politische Elite der USA dies nicht versteht, selbst wenn der Neuling Trump es anscheinend tut.

GEDÄCHTNISVERLUST

Die meisten Amerikaner erkennen die Schwere vergangener Missetaten mit ihren Auswirkungen bis in die heutigen Politik, darunter die der Einmischung im Iran in den 1950er Jahren, oder in Lateinamerika, die von den 1960er bis 1980er Jahren wiederholt stattfand. Doch es gibt einen blinden Fleck, wenn es um die Einmischung der USA in die russische Politik in den 90er Jahren geht. Viele Amerikaner erinnern sich an den ehemaligen Präsidenten Bill Clinton als grossen Wohltäter Russlands, als dieses Land unter dem damaligen Präsidenten Boris Jelzin versuchte, eine Marktdemokratie aufzubauen. Aber die meisten Russen sehen die USA Mittäter in einer Dekade der Erniedrigung unter Jelzins skandalösem Durcheinander. Washington, so glauben sie, nutzte nicht nur die Schwäche Moskaus für geopolitische Gewinne, sondern mischte sich auch immer wieder in die russische Innenpolitik ein, um die Person Jelzin zu unterstützen, die den Interessen der USA am besten diente. Die Unkenntnis der Amerikaner über diese Wahrnehmung erzeugt ein stark verzerrtes Bild von Russlands erstem postkommunistischen Jahrzehnt.

Das Elend Russlands in den 90er Jahren ist für Aussenstehende schwer zu verstehen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 kam es zu einem starken Einbruch der russischen Wirtschaft, der über acht Jahre andauern sollte. Obwohl dieser Rückgang in den westlichen Medien selten als Depression bezeichnet wird, war er in der Tat viel schlimmer als die Weltwirtschaftskrise in den USA zwischen 1929 und 1932. Das US-BIP sank damals um rund 25 Prozent, während das russische BIP zwischen 1990 und 1998 um über 40 Prozent fiel. Im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise war der Zusammenbruch Russlands in den 90er Jahren also fast doppelt so stark, dauerte dreimal so lange und verursachte weitaus

schwerwiegendere Gesundheits- und Mortalitätskrisen. Die Katastrophe im Bereich der öffentlichen Gesundheit spiegelte die anhaltende Qual Russlands wider: Stressbedingte Krankheiten (Selbstmord, Krankheiten durch erhöhten Alkohol- und Tabakkonsum) und wirtschaftlich bedingte Leiden (schlechte Ernährung, Gewaltkriminalität, ein bröckelndes öffentliches Gesundheitssystem) führten in den 90er Jahren zusammen zu mindestens drei Millionen "Exzess-Todesfällen".

Der Glaube an freie Märkte und die Bewunderung für die Vereinigten Staaten sind in Russland in den 90er Jahren stark zurückgegangen. Das Scheitern der "Schocktherapie" beziehungsweise der schnelle Übergang zur Marktwirtschaft machten eine solche Entfremdung unvermeidlich, denn der Ansturm auf Privatisierung und das Zurückfahren des Staates führten nicht zu selbstregulierendem Wachstum und breitem Wohlstand, sondern zu einer Plünderung des Nationalvermögens durch raubgierige Oligarchen, die unter Jelzin aufblühten. Schlimmer noch, die amerikanische Rede von einem Marshall-Plan für Russland erwies sich als leeres Versprechen, und die US-Hilfe – insbesondere in den kritischen ersten Jahren des Übergangs – war mit 7 Milliarden Dollar echt dürftig. Ein Grossteil davon erfolgte in Form von Krediten, die mit Auflagen verbunden waren, die zum Beispiel den Kauf von US-Waren oder die Einstellung von US-Beratern erforderten. Auch die weit verbreiteten Fälle von Korruption seitens einiger Amerikaner, darunter Insiderhandel, Geldwäsche und ähnliche Skandale, schaden dem Image Amerikas.

1993 führten Hyperinflation und Armut zu Protesten, und das russische Parlament verabschiedete Gesetze mit dem Ziel, Jelzins Reformen zu blockieren. Jelzin aber reagierte mit der Entscheidung, die Legislative auszuschalten und das politische System neu zu gestalten, um die Macht in seinen Händen zu konzentrieren. Dies war jedoch unverhohlen verfassungswidrig, und viele Abgeordnete weigerten sich, bei der Auflösung des Parlaments mitzumachen. Einige wandten sich dem gewalttätigen Widerstand zu und wurden von der Armee niedergeschlagen. Die Clinton-Administration bedauerte zwar das Blutvergiessen, gab aber die Schuld der Opposition und ignorierte die Illegalität von Jelzins Machtergreifung. Und die USA unterstützten Jelzin zwei Monate später erneut, als ein Referendum über eine superpräsidiale Verfassung in einer manipulierten Abstimmung stattfand.

1996 gab es weitere US-unterstützte Unruhen von Seiten Jelzins. Der schlimmste Vorfall war der "Darlehen für Aktien"-Skandal, ein krummes Privatisierungsprogramm, bei dem Jelzin die wertvollsten Unternehmen Russlands mit natürlichen Ressourcen mittels betrügerischer Auktionen an Oligarchen verkaufte – ein Betrug, der mit dem der Wahl von 1996 einherging, als Jelzin seine zweite Amtszeit gewann. Die USA waren erneut als Komplizen Jelzins involviert, indem sie die Wahlverletzungen, die staatlichen Medien, die zugunsten der Wahl Jelzins arbeiteten, oder auch die groben Verstöße gegen die Ausgabengrenzen der Wahlkampagne, grosszügig zu übersehen beschlossen, ja sogar indem sie US-Berater entsandte, um Jelzins Stolperkampagne zu unterstützen.

Die Clinton-Regierung tolerierte das Jelzin-Regime wenigstens teilweise, um als Gegenleistung die Zustimmung der russischen Regierung in globalen Fragen zu erhalten – einschliesslich der zur NATO-Erweiterung nach Osten. Aber auch das war sowohl kurzfristig als auch heuchlerisch. George Kennan, ein zur Eindämmung des Kalten Krieges engagierter Autor, warnte, das Vorantreiben der NATO auf die Grenzen Russlands sei "ein strategischer Fehler von potenziell epischem Ausmass", der mit aller Wahrscheinlichkeit zu einem antiwestlichen Gegenschlag führen werde. Andere Experten, wie etwa der Geheimdienstveteran Fritz Ermarth, warnten damals vor der Mittäterschaft der USA bei der inneren Korruption Russlands. "Wir haben die Bewunderung und den Respekt des russischen Volkes

weitgehend verloren", schrieb Ermarth. "Denken Sie daran, wie die [US-Politik] für die Russen aussehen muss: Sie unterstützen die Korruption unseres Landes durch das Regime im Inneren, damit es sie bei ihrer Demütigung unseres Landes aussen unterstützt. Man könnte keine bessere Propaganda-Basis für die extremen russischen Nationalisten finden."

ALTERNATIVE REALITÄT ÜBER RUSSLAND

Nur wenige Russen, die diese Korruption und Erniedrigung ertragen mussten, haben viel Verständnis für die Wut der USA über die russische Einmischung bei den Wahlen 2016. Und mit Blick auf die 90er Jahre ist es schwer, diese ihre Haltung zu beanstanden. Doch dieser Blick zurück ist unter den Amerikanern selten – zum Teil, weil die westlichen Medien die fröhlichen Erzählungen der Clinton-Administration oft übernommen haben und negative Phänomene als Stolpersteine auf dem Weg zu einem demokratischen Russland herunterspielen. Und trotz der späteren Enthüllung vieler Skandale aus den 90er Jahren wird Putins "Autokratie" immer noch als Gegensatz zu Jelzins "goldener Ära der Demokratie" gesehen. Man ignoriert die Tatsache, dass es Jelzins Team war, das Taktiken wie "110 Prozent Beteiligung in abgelegenen Gebieten" perfektionierte, und die Oligarchen ihre Medienimperien als Lobbyfirmen nutzten, während sie schamlos Parlamentsstimmen kauften (um persönliche Steuer-Schlupflöcher zu schaffen). Viele Mythen über die Jelzin-Jahre bestehen noch heute. In einem kürzlich erschienenen Artikel über das russische Wachstum unter Putin in der Zeitschrift «National Geographic» schreibt Julia Ioffe beispielsweise von "harten Wirtschaftsreformen unter Boris Jelzin" und sie beschreibt Putin als "Auslaufmodell für historisch hohe Ölpreise und für Wirtschaftsreformen von Jelzin in den 90er Jahren".

Hohe Ölpreise, ja. Aber wenn Putin nur die Politik von Jelzin weitergeführt hätte, hätte es noch weniger Steuern auf die Gewinne der Oligarchen gegeben, um Renten zu zahlen, die Infrastruktur wieder aufzubauen und Reserven zu schaffen. Und es hätte keine landwirtschaftliche Belebung stattgefunden, denn die private Landbewirtschaftung wäre illegal geblieben. In seinen ersten Jahren im Amt verabschiedete Putin Steuer- und Bankenreformen, Konkursgesetze und andere marktfreundliche Politiken, die Jelzin in seinem Jahrzehnt nicht durchgesetzt hatte. Es ist typisch, Putin auf diese Weise den verdienten Goodwill zu verweigern. Paul Krugman argumentierte kürzlich in der New York Times, dass das Wachstum unter Putin "mit einem einzigen Wort erklärt werden kann: Öl". Aber man beachte, dass im Jahr 2000, als Putin Präsident wurde, das Öl bei 30 US-Dollar pro Barrel lag und das Erdöl 20 Prozent des russischen BIP ausmachte. Im Jahr 2010 aber, nachdem der Preisanstieg in einem Jahrzehnt das Öl auf über 100 US-Dollar pro Barrel gebracht hatte, war das Erdöl laut Weltbank dennoch auf nur noch 11 Prozent des BIP gefallen. Im Klartext heisst das, dass die russische Landwirtschaft, das verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor in den Jahren des Öl-Booms sogar noch schneller wuchs.

Krugmans Kolumnisten-Kollege Thomas Friedman kritisierte die niedrige Lebenserwartung Russlands ebenfalls über einen Zeitraum, "der fast genau mit Putins Führung des Landes übereinstimmt den Zeitraum 1990-2013", indem er Putin für "langsame Gewinne in der Lebenserwartung einer ganzen Nation" verantwortlich machte. Tatsächlich fällt die erste Hälfte dieses Zeitraums fast genau mit der Führung Jelzins zusammen, als die männliche Lebenserwartung um über sechs Jahre sank – was beispiellos ist für ein modernes Land in Friedenszeiten. Unter Putin hat die Lebenserwartung von Männern und Frauen rasant zugenommen, ihr kombinierter Durchschnitt erreichte kürzlich zum ersten Mal in der russischen Geschichte 70 Jahre.

VLADIMIR DER SCHRECKLICHE

Abneigung gegen viele Aspekte der harten Herrschaft Putins ist verständlich. Aber eine Dämonisierung, die in Täuschung umschlägt, indem sie ihm die Anerkennung für grosse Fortschritte verweigert (ihn dagegen für alle Probleme verantwortlich macht), ist dumm. Dumm, weil es die Kluft zwischen der Wahrnehmung dessen, was in den beiden Ländern USA und Russland geschieht, noch vergrössert. Man muss nämlich wissen, dass die Russen vor Putin Hochachtung haben, weil sie die Stabilität und den Stolz, den er wiederbelebt hat, hoch schätzen. Dumm, weil es die Illusion nährt, dass alles Schlechte in Russland von Putin kommt, sodass, wenn Putin entfernt würde, die Russen einen anderen Liberalen wie Jelzin wählen würden. Und es ist dumm, wenn es so daherkommt, wie amerikanische Spitzenpolitiker die Aussichten Russlands verspotten – wie es etwa der ehemalige US-Präsident Barack Obama tat, als er sagte: "Russland spielt keine Rolle. Einwanderer eilen nicht nach Moskau, um nach besseren Perspektiven zu suchen. Die Bevölkerung schrumpft."

Tatsächlich wächst die russische Bevölkerung seit 2010, und das Land hat eine der höchsten Geburtenraten in Europa. Russland ist das drittgrösste Einwanderungsland der Welt, hinter Amerika und Deutschland. Und zu den russischen Produkten gehören auch die Raketen, die auch US-Astronauten in den Weltraum bringen. Sowohl Obama als auch die ehemalige Aussenministerin Hillary Clinton liessen sich zu leichtsinnigen Aussprüchen über Russland verleiten. Beide verspotteten Putin, und Clinton verglich ihn mit Adolf Hitler – ein Vergleich, der lächerlich wäre, wenn er nicht vor allem beleidigend für die Russen wäre, die im Zweiten Weltkrieg 26 Millionen Landsleute verloren. Es war angesichts der breiten Popularität Putins in Russland auch leichtsinnig. Aber als Obama mit dieser Popularität Putins konfrontiert wurde, antwortete er: "Saddam Hussein hatte eine 90-prozentige Umfragebewertung." Und er erklärte: "Wenn Sie die Medien kontrollieren und Allen die bürgerlichen Freiheiten genommen haben und die Dissidenten ins Gefängnis stecken, dann kommt es so." Diese Ansicht ist, mit Verlaub, zutiefst falsch.

Es gibt natürlich viel zu bemängeln in Putins Russland, und sowohl Obama als auch Clinton wurden von Moskau mit wenig schmeichelhaften Worten bedacht. Aber es ist würdelos und unklug für einen US-Präsidenten, nicht nur einen ausländischen Staatsmann, sondern sein ganzes Land so zu verachten, wie es Obama tat. Der Drang, auf Verspottung zu antworten, darf die Achtung vor der öffentlichen Meinung in Russland nicht verdrängen. Er bestätigt so die Darstellung Amerikas in den russischen Medien als ignorant und arrogant. Es schien klug zu sein, als Hillary Clinton auf Trump als "Putins Marionette" losging. Aber offensichtlich kam das bei den "gewöhnlichen" Amerikanern, die ja dann Trump wählten, nicht wirklich gut an. Die Geringschätzung und Verteufelung von Putin kommt im übrigen auch bei den "gewöhnlichen" Russen nicht gut an.

Diese einfachen Russen sind die vergessenen Menschen – fleissige Lehrer, Ärzte und Mechaniker, deren Ersparnisse, Karrieren und sogar Gesundheit durch die Katastrophe der 90er Jahre zerstört wurden. Sie sind die verspotteten Wähler, die ihre neue Demokratie von Jelzin und seinen Freunden gekauft und verkauft sahen, und die ehemaligen Bewunderer der USA, die sich nach einem Führer sehnten, der ihren Stolz auf Russland nach einem Jahrzehnt der Erniedrigung wiederherstellen sollte. Unter Clinton behandelten die Vereinigten Staaten Russland wie einen besiegten Feind und nutzten seine Schwäche zur Erweiterung der NATO. Behauptungen, dies sei lediglich eine defensive Expansion, wurden durch die NATO-Bombardierung Serbiens, eines russischen Verbündeten, im Jahr 1999 widerlegt. Unter Präsident George W. Bush schüchterten die USA Russland weiter ein, indem sie den Vertrag über ballistische Raketen aufkündigten, Strafzölle einführten, eine rücksichtslose Invasion in

den Irak einleiteten, die NATO weiter ausbauten und Russland weiter umzingelten, indem sie sich auch in Georgien und in der Ukraine einschmeichelten.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Russland 2008 zurückschlug und auf einen georgischen Angriff in der umstrittenen Region Süd-Ossetien (bei dem auch einige russische Soldaten der Friedenstruppen getötet wurden) mit einem vernichtenden Gegenschlag reagierte. Was dazu führte, dass Putins Zustimmungsrate auf fast 85 Prozent stieg – die höchste Rate, die bis zur Annexion der Krim im Jahr 2014 je erreicht wurde.

WIE MAN DIE DEMOKRATIE NICHT FÖRDERT

Dies ist das Russland, das Obama 2009 geerbt hat: stolz, wütend und ohne Lust auf das Scheinheilige, das mit dem Druck der neuen Regierung auf die Demokratieförderung einherging. Die Russen haben gesehen, wie Bill Clinton sich mit einem korrupten Jelzin verbündet hat, um ihre neue Demokratie zu verspotten. Sie haben vor Wut geschäumt, als Vizepräsident Dick Cheney die russische Demokratie schlechtredete und gleichzeitig die kasachische Demokratie lobte. Und sie hörten, wie ihr Land wegen Einmischung in die Angelegenheiten schwächerer Nachbarn kritisiert wurde, während sich die NATO bis an die Grenzen Russlands ausdehnte und die USA im Namen der Demokratieförderung eine Invasion in den Irak vollzogen, die den ganzen Nahen Osten in Brand setzte. Es überrascht nicht, dass die russischen Medien den Begriff "Doppelmoral" immer häufiger mit Amerika verknüpfen.

So mag es für die Obama-Regierung unklug gewesen sein, die Demokratieförderung so schamlos wie bisher zu betreiben, die russischen Wahlen zu kritisieren und die Opposition Putins öffentlich zu ermutigen. Dies trug nicht nur einen Hauch von Hypokrisie in sich, sondern kam bei vielen Russen auch als Bedrohung und als Destabilisierungsversuch der Herrschaft Putins an. Demokratieförderer können unterscheiden zwischen Politiken, die auf die Stärkung der NATO abzielen, und Politiken, die auf die politische Liberalisierung in Russland und anderen ehemaligen Sowjetstaaten abzielen – wobei sie betonen, dass Obama letztere betrieben hat, nicht erstere. Aber Putins Skepsis ist leicht zu verstehen, wenn man bedenkt, dass der Westen die Verbündeten Moskaus wie in Serbien, Georgien und der Ukraine untergraben und dann versucht haben, ihre neuen Regimes in den westlichen politischen und militärischen Blöcken zu verankern. Auch als Senator war Obama ein früherer Unterstützer des NATO-Beitritts der Ukraine, und die Vorbereitungen für die Einverleibung der Ukraine in die NATO wurden während seiner Präsidentschaft fortgesetzt. Auch Hillary Clinton befürwortete eine "offene Tür" der NATO für die Ukraine und erregte dann Putins Zorn, indem sie die "humanitäre" Intervention in Libyen (die sich bald in einen Regime Change verwandelte) vorantrieb. So war ihre Forderung nach "einer vollständigen Untersuchung aller Berichte über Betrug und Einschüchterung" bei den Wahlen in Russland im Jahr 2011 höchst unwillkommen. Michael McFaul, ein Experte für Demokratieförderung und langjähriger Kritiker Putins, war 2012 eine besonders provokante Wahl für den neuen Obama-Botschafter in Russland.

Ebensowenig sollte eine gerechte Empörung über Putins Unterdrückung nach den Wahlen ein Umdenken über die Ziele und die Instrumente der amerikanischen öffentlichen Diplomatie verhindern. Einige bemängeln die Konzentration auf die liberale russische Opposition, eine kleine Anzahl von Aktivisten in Moskau, die die US-Werte am besten widerspiegeln. Viele von ihnen werden in den Augen der russischen Mehrheit diskreditiert: für ihre frühere Unterstützung des Regimes von Jelzin, für ihre herablassende Haltung gegenüber dem weithin

bewunderten Putin und für ihre reflexartige Unterstützung der US-Politik – wie der NATO-Erweiterung, auch wenn sie mit russischen Interessen kollidiert. Sie erscheinen, mit einem Wort, unpatriotisch. Sie sind ernsthaft, klar und auch bewundernswert. Aber selbst wenn sie nicht von Putin oder durch Identifikation mit den 90er Jahren stigmatisiert sind, verkörpern sie liberal-kosmopolitische Werte, die den meisten konservativ-nationalen Russen fremd sind. Und während genau dies sie für den Westen attraktiv macht, macht es sie aber auch gleichzeitig zu einer schlechten Wahl für Unterstützung, wenn es um Demokratieförderung geht.

Betrachten wir den Fall von Pussy Riot, der feministisch-protestlerischen Rockgruppe, von der einige Mitglieder im Jahr 2012 wegen einer Demo in der Moskauer Kirche "Christus der Erlöser" wegen Hooliganismus verurteilt wurden – einer Demo, mit der nicht nur Putin, sondern auch die russisch-orthodoxe Kirche und ihre Gläubigen profan verspottet wurden. Sowohl Aktivisten als auch Staatsbeamte in den USA lobten Pussy Riot und forderten ihre Freilassung. Doch grundlegende Anständigkeit und die Achtung vor den Werten und Traditionen Anderer müssten klarmachen, dass es Russland gegenüber respektlos war, Pussy Riot als Verfechter der Meinungsfreiheit zu bejubeln. Es war auch unsensibel, wenn sich die USA dafür interessiert zeigte, Sympathien unter den Russen zu wecken, von denen sich etwa 70 Prozent als orthodoxe Gläubige verstehen. Russland ist eine konservative Gesellschaft, die auf die Jahre der Herrschaft Jelzins und das Aufblühen von Pornografie und Promiskuität mit Entsetzen zurückblickt. In Umfragen sagten nur sieben Prozent der Russen, dass politischer Protest in einer Kirche zulässig sei, und nur fünf Prozent waren der Meinung, dass Pussy Riot ohne schwere Strafe freigelassen werden sollte. Sicherlich verdienen die Sensibilitäten der gewöhnlichen Russen genauso viel Beachtung wie die einer Minderheit kosmopolitischer Liberaler. Und die Einschüchterung durch den Westen wird die traditionelle russische Homophobie kaum mildern. Vermutlich hat der westliche Aufschrei zum Fall Pussy Riot die Zustimmung der Bevölkerung zum berüchtigten Gesetz von 2013 gegen die "Propaganda nichttraditioneller sexueller Beziehungen" sogar verstärkt.

Im Urteil der US-Amerikaner über ihr Land erkennen die Russen eine Doppelmoral – eine anklagende Haltung, die Russland für Verhaltensweisen kritisiert, die in anderen Ländern unbemerkt bleiben. So hat zum Beispiel die «Washington Post» die Anti-LGBT-Politik Russlands aufmerksam verfolgt, aber in Ländern wie Litauen, Georgien und der Ukraine kaum darauf geachtet, und wenn sie es ausnahmsweise getan hat, hat sie in ihren Kommentaren Russland die Schuld für den Export seiner schwulenfeindlichen Überzeugungen zugeschoben. Seit 2014 berichten die westlichen Medien auch über den angeblichen Propaganda-Angriff Moskaus, ignorieren aber weitgehend den schamlosen Kauf positiver Werbung durch Länder wie Aserbaidschan, Kasachstan und durch die Ukraine. Was diese machen, ist nicht übliches Lobbying und PR. Es ist die Finanzierung scheinbar unabhängiger Untersuchungen über ein Land – über ein Land, das für die Erstellung optimistischer Wahlberichte und anderer Bewertungen durch Gruppen wie etwa die Parlamentarische Vereinigung des Europarates richtig Geld bereitstellt.

Amerikaner hören selten von solchen Aktivitäten, auch wenn der Alarm über Moskaus Subversion fast Hysterie auslöst. Ein kürzlich veröffentlichter US-Geheimdienstbericht über die russische Einmischung in die US-Präsidentenwahlen 2016 warnte vor "einer vom Kreml gelenkten Kampagne, um den Glauben an die US-Regierung zu untergraben und politischen Protest zu schüren". Als Hauptschuldiger wird der Nachrichtensender RT erwähnt (der notabene nur einen winzigen Teil des US-Publikums erreicht), mit der Begründung, er betreibe "Anti-Fracking-Programme mit Schwerpunkt auf Umweltfragen" und "eine Dokumentation über die Occupy Wall Street-Bewegung, die ihrerseits das aktuelle politische

System der USA als korrupt bezeichnet". Im Gegensatz zur Maidan-Besetzung 2014 in der Ukraine, die von einigen US- und EU-Politikern aktiv unterstützt wurde, hielten russische Diplomaten aber vorsichtig Abstand zu den Protesten der besetzten Wall Street im Jahr 2011.

DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Eine weiteres Beispiel von Doppelmoral – von den US-Medien bewusst ignoriert, aber im Ausland beachtet – sehen die Russen in Obamas Verurteilung des Referendums zur Sezession der Krim, das der Annexion der Halbinsel durch Russland im Jahr 2014 vorausging. Parallelen zwischen der Abspaltung der Krim von der Ukraine und der Abspaltung des Kosovo von Serbien im Jahr 2008 – vom Westen unterstützt, aber von Russland und Serbien als illegitim abgelehnt – werden einfach übersehen. Obama sagte, dass das Kosovo erst "nach der Organisation eines Referendums in sorgfältiger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und den Nachbarn des Kosovo abgespalten wurde. Nichts davon sei auf der Krim gemacht worden." Tatsächlich gab es davon im Fall von Kosovo auch nicht eine Spur. Es gab überhaupt kein Referendum – nur eine Abstimmung des albanischen Mehrheitsparlaments im Kosovo. Was die Zusammenarbeit mit den Nachbarn betrifft, so hat sich Serbien verzweifelt gegen die Kosovo-Sezession ausgesprochen; Bosnien-Herzegowina, Rumänien und die Slowakei haben das Kosovo noch immer nicht als unabhängigen Staat anerkannt; und andere, wie Bulgarien, Kroatien und Ungarn, haben nur unter westlichem Druck zugestimmt.

Ein solcher sachlicher Fehler – der Glaube an Dinge, die nie stattgefunden haben, aber als rechtliche Rechtfertigung für die Abspaltung eines Landes angeführt werden – ist wahrlich beunruhigend. Es macht auch die Behauptung zur Illusion, die Länder in Mittel- und Osteuropa, die zwischen Washington und Moskau hin und her gezerrt werden, hätten eine freie, demokratische Wahl. Die mächtigen politischen und wirtschaftlichen Hebel, die eingesetzt werden, um diese Länder von Russland fernzuhalten, widerlegen die Freiheit ihrer Wahl. Wie bereits beim Referendum im Kosovo erwähnt, wurden die Nachbarn des Kosovo von den USA und der NATO unter Druck gesetzt, die Abspaltung dieser Region von Serbien anzuerkennen. Mit Zuckerbrot und Peitsche werden die osteuropäischen Länder dazu angehalten, die in Brüssel, Berlin und Washington D.C. angestrebte Politik zu unterstützen. Als die Osteuropäer sich besorgt zeigten über die höher als erwartet anfallenden Kosten des EU-Beitritts – oder über die Reaktion, die die NATO-Erweiterung in Russland hervorrief – wurde der Beitritt den politischen und wirtschaftlichen Eliten versüsst, während breite Volksabstimmungen umgangen und durch einfache Parlamentsabstimmungen ersetzt wurden. Wenn gelegentlich Brüssel und Washington in entgegengesetzte Richtungen zogen, wie etwa beim Internationalen Strafgerichtshof, der von der EU unterstützt, aber von der Regierung von George W. Bush abgelehnt wurde, aber auch in anderen Fällen, konnten die mittel-europäischen Länder ihre vermeintlich freie Wahl nur unter enormem politischem und wirtschaftlichem Druck ausüben.

Niemand argumentiert, dass der Beitritt zur von Russland geführten Eurasischen Wirtschaftsunion den meisten Ländern mehr nützen würde als zur EU. (Die NATO ist eine andere Sache, da die Kosten der russischen Reaktion jetzt den Vorteilen einer weiteren Expansion gegenüberstehen.) Es geht darum, die Legitimität der Moskauer Sicht zu begreifen, dass die Erweiterung der westlichen Blöcke kein organischer, demokratischer Prozess ist, sondern ein Prozess, der von den USA und ihren Verbündeten bewusst kreierte und durch Macht und Prinzipien gefördert wird. Der Westen muss auch die Kosten für die beteiligten Länder (und für seine eigenen Bündnisse) in einem von der Elite betriebenen Prozess sehen, der die Anliegen der Mehrheiten schlicht übergeht und undemokratisch ist. Die Zustimmung der

Bevölkerung zur EU in Mitteleuropa war bereits gesunken, lange bevor die syrische Flüchtlingskrise die Ablehnung noch weiter verschärfte, weil die Kosten viel höher waren als erwartet, die Vorteile aber vor allem eine wohlhabende Wirtschaftselite zu belohnen schienen.

Als Beispiel für diese Dynamik sei der Fall Moldawien genannt, wo die EU lokale proeuropäische Parteien unterstützt hat, um diesem äusserst armen Land beim Beitritt zu helfen. Nur wenige im Westen hatten viel über dieses Land gelesen – bis im November 2016 eine Flut von Schlagzeilen auftauchte, wie etwa die Headline des «Telegraph»: "Pro-Russland-Kandidat gewinnt Moldawien-Wahl." Es war irreführend, dieses Ergebnis in geopolitischer Hinsicht zu drehen. Die Wahl hatte sich weitgehend auf innenpolitische Themen wie Korruption und Wirtschaft konzentriert. Normale Moldauer befürchteten, dass der EU-Beitritt vor allem den Eliten zugute kommen würde, und die liberale demokratische Partei Moldawiens, die für die EU ist, litt unter einem Skandal, bei dem die Parteibonzen eine Milliarde Dollar – die Hälfte der Reserven der moldawischen Nationalbank – auf private Bankkonten überführten. Aber genau wie bei ähnlichen Wahlen in Bulgarien und Montenegro konzentrierten sich die US-Medien auf den Kampf mit Moskau um Einfluss. Das Beispiel Montenegro zeigt all diese Machenschaften in aller Deutlichkeit. Montenegro ist ein Land, dessen Abspaltung von Serbien von den USA mit geopolitischen Zielen unterstützt wurde, um den serbischen Führer Milošević zu schwächen, indem sie den unglaublich korrupten Chef Milo Đukanović unterstützten. Jetzt, ein Jahrzehnt später, nutzt Đukanovićs demokratisch-sozialistische Partei ähnliche geopolitische Spannungen aus, um den Beitritt Montenegros zur NATO zu inszenieren – ein Schritt, von dem wohl weder die NATO noch Montenegro profitieren werden, der Russland gegenüber aber provokant ist und der ein zutiefst korruptes, klientelistisches Regime unterstützt. (Seit 5.6.2017 ist Montenegro formell 29. Mitgliedstaat der NATO. *Red.*) Dieser Fokus auf geopolitische Bedrohungen verdeckt jedoch die grössere, sozioökonomische Bedrohung: Pluralitäten oder gar Mehrheiten in vielen osteuropäischen Ländern glauben inzwischen, dass das Leben im Kommunismus besser war. Eine solche Entfremdung fördert die Anti-EU-Stimmung in diesen Ländern und stärkt Demagogen wie den ungarischen Präsidenten Viktor Orban, nicht als Folge eines schändlichen Einflusses von Wladimir Putin, aber aufgrund tiefer wirtschaftlicher Ungleichheit und offensichtlicher Mängel der europäischen Integration.

Das westliche Verständnis des Konflikts in der Ukraine zeigt eine ähnliche Tendenz. Man möge sich daran erinnern, dass die Krise 2013 ausgebrochen ist, als Präsident Viktor Janukowitsch sich gegen die harten Beitrittsbedingungen der EU sträubte und sich stattdessen dafür entschied, sich näher an Russland anzulehnen. Und er wurde in einer Revolte verdrängt, die von Amerika und der EU offen angefeuert wurde. Egal wie korrupt seine Herrschaft auch war, er war demokratisch gewählt worden und hatte bei seiner Entscheidung verfassungsmässig gehandelt. (Tatsächlich wurde er 2010 gewählt, weil sich die vorherige Pro-EU-Regierung als korrupt und inkompetent erwiesen hatte.) Aber 2014, als die Proteste in der Ukraine wuchsen, beschlossen die USA, ein mit Russland vereinbartes Abkommen über den Machtwechsel aufzugeben, und unterstützten stattdessen die Proteste, die die Vertreibung Janukowitschs betrieben, womit sich das ganze im Wesentlichen in einen Staatsstreich verwandelte. Aber der Bumerang kam schnell, denn die Russen kamen zum Schluss, dass, wenn der Westen eine verfassungswidrige Machtergreifung in Kiew unterstützen könne, auch sie ein verfassungswidriges Referendum auf der Krim durchführen können oder eine verfassungswidrige Machtergreifung in Donbass unterstützen. Es hätte einen Kompromissweg gegeben, aber die Ukraine als etwas anzuerkennen, das aus dem russischen Orbit herausoperiert wurde – was das Gespenst NATO natürlich wieder aufleben und den Verlust der Jahrhunderte alten Marinebasis auf der Krim erwarten liess –, das machte Putins Entscheidung, zurückzuschlagen, einfach.

Natürlich rechtfertigt dies kaum das wilde Vorgehen, das Russland im Kampf um den Donbass begünstigt hat. Aber Massnahmen der USA und der EU hatten dazu beigetragen, den Konflikt auszulösen, indem sie die Ukraine als eine zu ergatternde Beute behandelten und nicht als ein sprachlich und ethnisch geteiltes Land, in dem Russland legitime Interessen hat. Die westliche Politik ignorierte diese Interessen rücksichtslos und intensiviert unnötig ihre Beteiligung am Konflikt. Etliche Politiker betonten, wie zu sehen war, die NATO "öffne der Ukraine die Türe", und auch die Wahrscheinlichkeit eines schnellen EU-Beitritts wurde übertrieben kommuniziert. Vor dem Krieg hatte die Ukraine ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 4'000 Dollar, das mit dem von Albanien und dem Kosovo vergleichbar war, und in Korruptionsstudien rangierte das Land noch hinter Russland und auf dem Niveau von Nigeria. Heute, nach einem Assoziierungsabkommen, Milliarden von Hilfen und drei Jahren EU-geordneter Reformen, ist die Ukraine immer noch ein korruptes, bankrottetes chaotisches Land – und zeigt, wie wenig vorbereitet sie auf den EU-Beitritt war, wie stark sie vom russischen Handel und den Subventionen abhängig war, die jetzt verloren gehen, und wie unklug das Vorgehen westlicher Staats- und Regierungschefs war, von Kiew eine Entweder-Oder-Entscheidung zu verlangen.

DIE KUNST DES DEALS ?

In den jüngsten Korruptionserhebungen rangiert die Ukraine immer noch hinter Russland. Täglich brechen Skandale aus mit einem wirtschaftlichen Abfluss, der grösser ist als der Konflikt im Donbass. Der ukrainische Pro-EU-Präsident Petro Poroshenko hat eine Zustimmung von 17 Prozent (März 2017, mittlerweile deutlich tiefer. *Red.*), weniger als die 28 Prozent des pro-russischen damaligen Präsidenten Janukowitsch am Vorabend seiner Amtsenthebung im Jahr 2014. Ironischerweise bedeutet dies, dass der pro-russische Janukowitsch der beliebteste ukrainische Präsident dieses Jahrhunderts war. Und nach den jüngsten Umfrageergebnissen unterstützen nur noch 41 Prozent der Ukrainer das EU-Assoziierungsabkommen, dessen Ablehnung die Maidan-Revolution überhaupt erst ausgelöst hatte. Es sind Trends wie diese, aber auch eine politische Rechts-Wende in den west-europäischen Staaten, die ihre Geduld und Grosszügigkeit gegenüber den angeschlagenen östlichen Nachbarn untergräbt, die die EU-Politiker beunruhigen sollten. Stattdessen sind die Europäer in der gesamten Region in höchster Alarmbereitschaft, wenn es darum geht, dass Russen anti-westliche Nachrichten verbreiten, anti-westliche Politiker unterstützen und eine Armee von anti-westlichen Internet-Trollen einsetzen.

Doch bei aller Paranoia um die russische Subversion dürfte die Krise eher von anderswo herkommen, zum Beispiel von der Auflösung des zerbrechlichen Bosnien, das zu einem Konflikt zwischen Serbien und der NATO führen kann. Oder es könnte Moldawien sein, wo die nationalistische Mehrheit erneut auf die Vereinigung mit ihrem rumänischen Volk drängt und so den Konflikt mit der russischen Minderheit wieder aufleben lässt. Ungarn könnte die EU verlassen und der europäischen Einigung einen entscheidenden Schlag versetzen. Oder die Ukraine könnte einfach unter ihrem eigenen, korrupten und bankrotten Gewicht zusammenbrechen.

Doch in der Ukraine könnten auch Amerika und Russland beginnen, die Beziehungen zu reparieren. Die russische Wirtschaft ist schwach – die Einkommen sind seit 2013 um ein Drittel gesunken – und die Befreiung von westlichen Sanktionen ist dringend erforderlich. Auch Europa ruft nach einer Wiederbelebung des normalen Handels mit Russland. Ein Abkommen zwischen Russland und dem Westen könnte auf den festgefahrenen Minsker Abkommen aufbauen. Moskau würde sich aus dem Donbass zurückziehen und die Ostgrenze

der Ukraine wiederherstellen, und Kiew würde dieser russischsprachigen Region eine lokale Selbstverwaltung gewähren. Russland wiederum würde von der NATO eine Zusicherung erhalten, die Ukraine nicht zu integrieren, und die Ukraine würde einen Vertrag erhalten, der ihre territoriale Integrität sowie militärische Hilfe garantiert. Kiew würde auch grosse westliche Investitionen erhalten und gleichzeitig enorm von der Wiederherstellung des Handels mit Russland profitieren.

Puristen werden einen solchen Deal als Verrat bezeichnen, da es eine de facto Anerkennung der russischen Annexion der Krim wäre. Aber das Bessere ist der Feind des Guten. Moskau wird nicht zulassen, dass die Krim wieder weggeschnappt wird, wie 1954, nach fast 200 Jahren als Teil Russlands. Und auch demokratische Entscheidungen würden den jetzigen Status der Krim nicht ändern: Tatsache ist, dass eine grosse Mehrheit der Krim-Bewohner bei Russland bleiben will. Die Ukraine würde ausserdem vom Frieden und von Investitionen profitieren, anstatt mehr Ressourcen in den Konflikt zu investieren. Normale politische und handelspolitische Beziehungen zu Russland würden auch Europa als Ganzes zugute kommen, was dazu beitragen würde, den derzeitigen Weg der Trennung zu verlangsamen und möglicherweise sogar umzukehren. Die Beibehaltung des kriegerischen Status quo dagegen kann die Krise nur verschärfen.

WIRD DER ECHTE VLADIMIR PUTIN AUFSTEHEN?

Ein diplomatischer Durchbruch zwischen Russland und dem Westen in Bezug auf die Ukraine oder Syrien oder andere wichtige Fragen wird auch eine feste Vereinbarung über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen erfordern. Eine solche Diplomatie würde den Mut der Neophyten, die sich in Trumps Aussenministerium tummeln, auf die Probe stellen. Die grössere Unbekannte aber wäre Putin. Eine Mehrheit der politischen Elite der USA glaubt, dass keine Deals möglich sind, weil Putin unwiderruflich feindselig gesinnt sei. Ob sie diese Feindseligkeit der Ideologie (eine tief verwurzelte KGB-Weltanschauung) oder der Korruption (ein illegitimes Regime, das einen ausländischen Feind braucht, um sein Volk von innenpolitischen Problemen abzulenken) zuschreiben, viele amerikanische Politiker glauben, dass Putin einfach kein Interesse am Frieden mit dem Westen hat. Ihrer Ansicht nach ist er auf Expansion bedacht und nimmt Sanktionen als Preis für das Schüren von Zwietracht im Westen gerne in Kauf.

Eine weitere Gruppe von US-Politikern ist ebenfalls skeptisch gegenüber Putin, aber schieben ihm nicht die Alleinschuld für die Verschlechterung der Beziehungen zu. Viele dieser Analysten lehnten die NATO-Erweiterung von Anfang an ab, aus den gleichen Gründen wie George Kennan: sie würde zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden. Diese Experten kritisieren auch den Misserfolg der USA im Irak und in Libyen, die Nichteinhaltung der roten Linien Russlands bei der Expansion nach Georgien und in die Ukraine sowie die kleinliche Verteufelung Putins. Doch sie stehen vor allem zu der ersten Gruppe, die jetzt glaubt, dass Eindämmung und nicht Zusammenarbeit das ist, was der Westen praktizieren muss, denn Putins jüngste Aktionen bedrohten die liberale Nachkriegsordnung.

Eine dritte Gruppe von Analysten – die Realisten, die eine Minderheit des aussenpolitischen Establishments bilden – antworten, Putin bedrohe nicht die gesamte liberale Nachkriegsordnung, sondern fordere nur die nach dem Kalten Krieg von den USA dominierte Weltordnung heraus, die die Interessen Russlands konsequent ignoriere. Sie fragen sich, wie einige die Torheit der kontinuierlichen Expansion der NATO zwar eingestehen und die Doppelmoral in der US-Politik kritisieren können, aber darin nicht einig sind, dass Amerika Russland auf

halbem Weg entgegenkommen muss. So wie Realisten wie George Kennan oder Hans Morgenthau, die früh vor der Torheit Vietnams warnten, werden sie manchmal als "Weicheier" (oder Putin-Apologeten) verspottet, weil sie davor warnen, ausländische Bedrohungen aufzublähen, während sie die inneren Schwächen der Vereinigten Staaten ignorieren.

Diese Realisten argumentieren, dass der frühe Putin die marktwirtschaftlichen Reformen und die guten Beziehungen zum Westen priorisierte, dass aber seine offene Hand von der geballten Faust der Neokonservativen der George W. Bush-Zeit getroffen wurde. Und Obama setzte Buschs Bemühungen fort, die westlichen Wirtschafts- und Militärblöcke zu erweitern, die unter Clinton in den 90er Jahren begonnen hatten. Mit anderen Worten, seit über zwei Jahrzehnten, ob motiviert durch das restliche Misstrauen des Kalten Krieges oder den liberalen Hegemonismus nach dem Kalten Krieg, hat Amerika die westliche militärische und politisch-ökonomische Macht stetig tiefer in den Hinterhof Russlands gedrängt. Wenn die Geschichte etwas lehrt, dann ist es dies, dass jede grosse Macht, wenn sie sich dem kontinuierlichen Vormarsch eines Rivalen gegenüber sieht, schliesslich zurückschlagen wird. Und so sehr die Verteidiger von Obama-Clinton es auch ablehnen, daran erinnert zu werden, so endete doch jede Chance, dass nach dem Kalten Krieg Amerikas Macht als einzigartig und gutartig angesehen würde, spätestens in Serbien, im Irak und in Libyen.

Es mag sein, dass beide Seiten recht haben, dass zwei Jahrzehnte der Missachtung der russischen Interessen Putins Haltung eines tief verwurzelten Antiamerikanismus begünstigt haben und dass eine neue Entspannung unmöglich ist. Aber es kann auch sein, dass Putin nicht von Natur aus feindselig ist, sondern ein typischer starker Mann: stolz und widerpenstig, aber nicht besonders korrupt oder grausam, und fähig, eine kooperative Position einzunehmen, wenn er einen Partner findet, der fähig und bereit ist, ein Abkommen zu schliessen, das sowohl die lebenswichtigen Interessen der USA als auch Russlands respektiert. Das Einzige, was ausser Zweifel steht, ist, dass sowohl Amerika als auch Russland – und auch Europa und die ganze Welt – eine Entspannung dringend brauchen.

Robert David English ist Professor für Internationale Beziehungen, Slawische Sprachen und Umweltstudien an der Universität Südkalifornien.

Diese Analyse wurde zuerst publiziert am 15. März 2017 in der US-amerikanischen Zweimonats-Zeitschrift Foreign Affairs. Übersetzung Christian Müller.